

Kleine Anfrage

des Abg. Emil Sänze AfD

Finanzierung und Tätigkeit der „Trusted Flagger“

Ich frage die Landesregierung:

1. Bezugnehmend auf ihre Antwort auf Kleine Anfrage Drucksache 17/9047 – ist (oder ist nicht) das „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ mit dem Referat 43 Interkulturelle Angelegenheiten, Antidiskriminierung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration (oder gegebenenfalls einer anderen Behörde des Landes) identisch oder teildentisch, respektive besteht ein Unterstellungsverhältnis?
2. Welche Einrichtungen mit Sitz in Baden-Württemberg (mit der Bitte um Nennung deren rechtlichen Status,) üben nach ihrer Kenntnis unter jeweils wessen rechtlicher Aufsicht seit dem 1. Januar 2016 bis heute welche Art Aufgaben im Rahmen des Digital Services Act (DSA) der EU aus, insbesondere als sogenannte „vertrauenswürdige Hinweisgeber“ aus (als „Trusted Flagger“ oder in anderer Funktion von der Bundesnetzagentur oder einer anderen zuständigen Behörde anerkannt)?
3. Welche der unter Frage 1 (das „Demokratiezentrum BW“, Unterabteilungen, finanzierte „Stellen“ oder Projekte) sowie der unter Frage 2 erfragten gegebenenfalls weiteren Einrichtungen werden seit dem 1. Januar 2016 bis heute in welcher Höhe aus welchen Titeln des Staatshaushaltsplans finanziert (respektive aus Bundes- oder EU-Mitteln, die über den Staatshaushaltsplan verwaltet/„durchgeleitet“ werden – mit der Bitte um Angaben nach: Finanzmittel empfangende Einrichtung; Kalenderjahr; Titel des Staatshaushaltsplans; erhaltene Summen für Personal samt Stellenanzahl/Sachausstattung/gegebenenfalls weitere Zwecke, beispielsweise interne juristische Aufsicht oder Konsultation)?
4. Welches sind nach ihrer Kenntnis seit dem 1. Januar 2016 bis heute jeweils die juristisch-fachlichen Einstellungsvoraussetzungen (oder gegebenenfalls zusätzlichen Einstellungsvoraussetzungen) für eine Anstellung bei der laut ihrer Antwort auf Kleine Anfrage Drucksache 17/9047 bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg angesiedelten, aus Kap. 0908 Tit. 68403/68470 finanzierten Meldestelle RESpect (sowie gegebenenfalls und soweit bekannt bei anderen Einrichtungen in Baden-Württemberg, die inzwischen von der Bundesnetzagentur als „Trusted Flagger“ zugelassen sind)?
5. Wie viele Meldungen (Löschanfragen) hat nach ihrer Kenntnis die aus dem Staatshaushaltsplan finanzierte Meldestelle RESpect respektive haben gegebenenfalls ihre Vorläufer-Stellen seit dem 1. Januar 2016 bis heute an die Betreiber von Social Media oder Internetmedien/Nachrichtenkanälen gerichtet (mit der Bitte um Angaben nach: Kalenderjahr; Zahl der Meldungen; Adressat der Meldungen; Resultate soweit bekannt)?
6. Wie viele Meldungen oder Strafanzeigen hat nach ihrer Kenntnis die Meldestelle RESpect respektive haben gegebenenfalls ihre Vorläufer-Stellen seit dem 1. Januar

2016 bis heute an Ermittlungs- sowie Strafverfolgungsbehörden (Polizeistellen/Justizstellen) gerichtet (mit der Bitte um Angaben nach: Kalenderjahr; Zahl der Meldungen; Adressat der Meldungen; kurze Beschreibung des formalisierten Meldeverfahrens sowie der eingebundenen staatlichen Stellen samt deren Aufgabenverteilung in dem Vorgang)?

7. Bezugnehmend auf Frage 6 – in wie vielen der an Ermittlungs- sowie Strafverfolgungsbehörden gemeldeten Fälle/Strafanzeigen (absolute Zahlen, Prozentzahl) wurde nach ihrer Kenntnis seit dem 1. Januar 2016 bis heute aufgrund der erfolgten Meldung wie gehandelt: a) nach welchen Paragraphen des StGB Strafanzeige gestellt; b) nach welchen Bestimmungen des StGB ein Ermittlungsverfahren eingeleitet; c) nach welchen Bestimmungen des StGB Anklage erhoben; d) ein Urteil gesprochen (schuldig gesprochen/freigesprochen); e) das Verfahren eingestellt?
8. Vor dem Hintergrund der Aussage der Berliner Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg gegenüber dpa respektive der Berliner Zeitung am 24. April 2024 (Zitat Berliner Zeitung: „(...) „Die Sabotage des Meinungsbildungsprozesses muss unter Strafe gestellt werden“, sagte sie im Interview der „Berliner Zeitung“. Das bestehende Strafrecht schütze vor Sabotagemaßnahmen aus der Zeit des Kalten Krieges. „Heute ist aber nicht mehr nur das Abgreifen von Informationen, sondern auch das Einbringen von Desinformationen und Propaganda gefährlich“, so die Justizsenatorin.“) – mit welchen Behörden im Bundesgebiet (Behörden des Landes, des Bundes oder anderer Bundesländer) oder im EU-Gebiet arbeitet nach ihrer Kenntnis die Meldestelle RESpect (respektive arbeiten andere unter Frage 2 erfragte, im Rahmen des DSA tätige Einrichtungen) in welcher „Prozesskette“ in welcher Weise regulär zusammen?
9. Analog zu Frage 5 bis Frage 7 – was ist ihr über (neben der Meldestelle RESpect) gegebenenfalls weitere, „in Baden-Württemberg ansässige“ im Rahmen des DSA tätige Einrichtungen in puncto Zahl und Art der Meldungen/Strafanzeigen sowie gegebenenfalls Bewertung der inhaltlichen Qualität/strafrechtlichen Relevanz derselben durch Strafverfolgungsbehörden/Gerichte bekannt geworden?

29.10.2025

Sänze AfD

Begründung

Vor dem Hintergrund einer Strafanzeige nach §130 StGB veröffentlichte APOLLO-News (auf YouTube) am 28. Oktober 2025 ein Interview mit dem Journalisten Julian Reichelt. Reichelt wurde für die Behauptung, die Berliner Polizei werde von kriminellen Clans unterwandert, angezeigt. Ausführliches Zitat Reichelt (ab Minute 11.24 ff.): „(...) Der Mann, der für die Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ verantwortlich ist, der Innenminister Poseck (CDU) hat beklagt (...) dass sich auf Social Media Meinungen ungefiltert verbreiten könnten. Die Berliner Justizsenatorin Frau Badenberg, hat in einem Interview, auch CDU, die Sabotage des Meinungsbildungsprozesses unter Strafe stellen wollen. (...) Die Meldestellen sind eine Kriegserklärung an die Meinungsfreiheit. (...) Es gibt die Trusted Flagger, das sind Zensoren. (...) Der Staat setzt privatwirtschaftliche Unternehmen ein, um zu zensieren. (...) Wieso sind die mit dem BKA verknüpft? (...) Es ist mir von Herzen wichtig, einmal zu sagen, wer dafür verantwortlich ist: Es ist die CDU. (...) Die Leute, die es finanzieren, aufsetzen, ausstatten, betreiben, heißen Hendrik Wüst, Kai Wegner, Herr Poseck aus Hessen, das ist überall. Die Trusted Flagger werden aus Baden-Württemberg finanziert (...). Wo die CDU regiert, wird die Verfolgung von Menschen auskömmlich finanziert (...).“ Über Senatorin Dr. Felor Badenberg schreibt Handelsblatt am 26. April 2023: „(...) Die Vizepräsidentin des Verfassungsschutzes wurde als AfD-Jägerin bekannt. (...) Sie hatte maßgeblich die Einstu-

fung der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall vorangetrieben – auch gegen die Bedenken des damaligen Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU). Badenberg wurde in (...) Teheran geboren, ihre Eltern kamen nach Deutschland, als sie zwölf Jahre alt war. (...).“ Dr. Badenbergs Interview erschien am 27. April 2024 in der Berliner Zeitung. Entsprechend dem Digital Services Act werden durch „Trusted Flagger“ de facto hoheitliche Aufgaben ausgeübt, vergleiche Tagesschau.de vom 14. Oktober 2025 anlässlich der Zulassung der Meldestelle REspect als „Trusted Flagger“ durch die Bundesnetzagentur. Es interessieren die Finanzierung, die rechtliche Aufsicht über solche Meldestellen sowie deren Bewertung durch Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden vor dem Hintergrund von Artikel 5 des Grundgesetzes.